



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

07/08 | 2017

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Vor einem heißen Sommer und einem vielleicht noch heißeren Herbst

In vielen Kommunen in Brandenburg sowie im Bund wird am 24. September gewählt



Ines Hübner, Bürgermeisterin von Velten und Landesvorsitzende der SGK Brandenburg

Foto: Christian Maaß/SGK Brandenburg

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

nein, ich möchte mich natürlich an dieser Stelle nicht als Wetterprophetin empfehlen. Ob wir einen verregneten Sommer vor uns haben oder eine Reihe neuer Hitzerekorde, kann ich nicht prognostizieren. Mit den bevorstehenden Bürgermeisterwahlkämpfen in vielen Städten und Gemeinden Brandenburgs und dem Bundestagswahlkampf stehen uns aber hitzige Auseinandersetzungen bevor und erst recht ein spannender September. Als sozialdemokratische kommunale Familie gilt es für uns, wichtige Rathäuser „zu verteidigen“, andere wollen wir für uns gewinnen. Dabei sind die Voraussetzungen vor Ort sehr unterschiedlich.

Einige sehr verdiente sozialdemokratische Bürgermeister treten am

24. September nach zum Teil mehreren Amtszeiten nicht noch einmal zur Wahl an. So wird Oranienburgs Bürgermeister, der langjährige Vorsitzende der SGK Brandenburg Hans-Joachim „Hansi“ Laesicke, nach 24 Jahren aus dem Amt scheidet. Auch Detlef Fleischmann, Bürgermeister der Stadt Nauen, tritt nicht noch einmal zur Wahl an, ebenso Andreas Schulz in Hennigsdorf, Dr. Lutz Franzke in Königs Wusterhausen und Beate Burgschweiger in Zeuthen.

In anderen Städten und Gemeinden stellen sich sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Wiederwahl. Das trifft auf Thomas Schmidt in Teltow zu, auf Elisabeth Herzog-von der Heide in Luckenwalde, auf Thomas Zenker in Großräschen, Frank Steffen in Beeskow, Jörg Schröder in Seelow und auf mich in der Ofenstadt Velten.

Schließlich gibt es eine ganze Reihe von Rathäusern, die 2017 für die SPD erobert werden könnten. In folgenden Städten und Gemeinden, in denen bislang Vertreter und Vertreterinnen anderer Parteien oder Parteilose das Amt des Bürgermeisters bekleideten, wird ebenfalls im September 2017 gewählt: Doberlug-Kirchhain, Elsterwerda, Falkenberg/Elster, Finsterwalde, Herzberg (Elster), Bad Freienwalde, Wrietzen, Bestensee, Eichwalde, Luckau, Schulzendorf, Wildau, Lauchhammer, Vetschau, Eisenhüttenstadt, Rheinsberg, Glienicke Nordbahn, Seddiner See, Beelitz, Treuenbrietzen, Pritzwalk, Kolkwitz und Nuthe-Urstromtal sowie Prenzlau.

In nahezu allen Städten und Gemeinden, in denen im September gewählt wird, ist es der SPD gelungen, eigene Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Unter anderem aus

Inhalt

Heimatkunde

Sichere Adresse
Neuenhagen

der SGK-Akademie BESSER BÜRGERMEISTERN kenne ich viele der sozialdemokratischen Hoffnungsträgerinnen und Hoffnungsträger. Ich weiß, dass wir mit klugen und engagierten Köpfen in die jeweiligen Wahlkämpfe ziehen. Wir stellen uns mit Zuversicht den Debatten vor Ort, weil wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten etwas zu bieten haben – gute Programme, Ideen, die in die Zukunft weisen, und nicht zuletzt unser Wertegerüst aus Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit.

SGK-Bildungssommer 2017

Als SGK Brandenburg drücken wir den sozialdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten in allen Städten und Gemeinden, die sich im September zur Wahl stellen, die Daumen und wünschen viel Erfolg am Wahltag. Wir selbst werden natürlich als Bildungswerk im Sommer nicht untätig sein. So wird es, wie auch im

vergangenen Jahr, im August eine kleine SGK-Sommerakademie geben. Unter anderem wollen wir uns in Abendveranstaltungen dem Thema Bürgerbeteiligung widmen.

Dieter Jetschmanegg, Leiter des Fachbereichs Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam, wird uns als Referent das facettenreiche Thema Bürgerbeteiligung schmackhaft machen. Eine weitere Veranstaltung wird sich der Qualität der Kinderbetreuung in unseren Kitas widmen und zudem interessierte Kommunalpolitikerinnen und -politiker in den Grundlagen des Kita-Gesetzes schulen. Diese Veranstaltung wird Detlef Diskowski bestreiten, der vielen als Kommentator des Kita-Gesetzes bekannt ist.

Noch nie eine E-Mail von der SGK bekommen?

Weitere Themen werden abgestimmt und können auch auf Eure Bedürfnisse und Interessen zugeschnitten werden. Schreibt der Geschäftsstelle der SGK Brandenburg Eure Ideen. Orte und Termine der Veranstaltungen werden rechtzeitig per Mail an alle Mitglieder, deren Mailadresse uns bekannt ist, bekannt gegeben. Wer übrigens noch nie eine Mail von uns bekommen hat und das ändern möchte, sollte uns einfach schreiben und uns die Mailadresse mitteilen: nrochlitzer@sgk-potsdam.de.

Ganz egal, ob Ihr Euch im Seminarraum schulen lasst, bei der Gartenarbeit entspannt, am Infostand um Wählerstimmen werbt, ob Ihr um die Welt reist, am Strand liegt, Euch auf der Terrasse als Grillmeister beweist oder hoffentlich auch bei der Arbeit Eure Freude habt: ich wünsche Euch einen gut gelaunten Sommer und erholsame Ferien!

Glück auf! Eure

Ines Hübner

Bürgermeisterin der Stadt Velten und Vorsitzende der SGK Brandenburg

Heimatkunde

Funktionalreform und Freiheitskampf

Autor SGK Brandenburg



Schloss Paretz im Havelland

Foto: SGK Brandenburg

Sie lesen die dritte Heimatkunde. Ist das schon eine Tradition? Wohl nicht. Dafür müssten wir schon das dritte Jahr erreichen. Wird der Stoff bis dahin reichen? Noch sorgt das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Brandenburg für reichlich Nachschub. Am 14. Juni 2017 legte es mit dem Gesetz zur Funktionalreform 2020 im Land Brandenburg (Funktionalreformgesetz 2020 – FRG 2020) und dem Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze zwei sehr umfangreiche Gesetzentwürfe vor. Lese-stoff bieten die Vorlagen allemal. Bei der Beurteilung der Inhalte scheiden sich allerdings die Geister.

Ob beispielsweise mit Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Holzhandels-Sicherungs-Gesetz eine wirklich wichtige Kompetenz neu verteilt wird, sei dahingestellt. Auch die Kirchnaustrittsverordnung – die KiAusV – soll geändert werden. Bisher wurde „der Austritt

aus einer Kirche, ... die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Amtsgerichts erklärt, in dessen Bezirk der Erklärende seinen Wohnsitz oder beim Fehlen eines Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat“. Zukünftig ist dafür das Standesamt der zuständige Ansprechpartner, in dessen Bezirk der Wohnsitz oder bei Fehlen eines Wohnsitzes der gewöhnliche Aufenthalt der Erklärenden oder des Erklärenden ist. Dass dies kein Massengeschäft ist – trotz mitunter ansteigender Zahlen der Kirchnaustritte – verdeutlichen die statistischen Angaben zur Religionszugehörigkeit der Landeshauptstadt Potsdam. Im Jahr 2015 gehörten 4,9 Prozent der römisch-katholischen Kirche an. Evangelisch-lutherischen Glaubens waren 13,7 Prozent der Potsdamerinnen und Potsdamer.

Die Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz, die ebenfalls geändert wird, war bis jetzt wohl nur Insidern

bekannt. Beachtenswert ist auch, welche Aufgaben nicht kommunalisiert werden. Ein Klassiker der Nicht-Kommunalisierung in Brandenburg ist die Flurneuordnung, die der Landkreistag erneut gefordert hat. An dieser Stelle nehmen wir uns die Freiheit, einmal ausführlicher aus der Gesetzesbegründung zu zitieren: „Hierzu ist Folgendes anzumerken: Der Forderung des LKT [Landkreistag] wird nicht entsprochen. Insbesondere mit Blick auf die bereits im Verband für Flurneuordnung Brandenburg praktizierte (fünfräumige) regionale Aufgabenwahrnehmung ist eine darüber hinausgehende Aufgabenübertragung im Bereich Flurneuordnung auf weitere 12 regionale Aufgabenträger weder fachlich noch wirtschaftlich vertretbar. Etwas, bislang von der Kommunalebene jedoch nur behauptete, fachliche Synergieeffekte bei einer Zusammenführung der Arbeitseinheiten von Flurneuordnung und Katasterämtern würden die Nachteile nicht kompensieren.“ Vielleicht hätte der

fachliche Dissens an dieser Stelle etwas freundlicher formuliert werden können.

Grundsätzlich gilt aber, dass der Entwurf eine sehr gute Basis für eine intensivere Befassung mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen darstellt. Dies gilt im Übrigen noch viel mehr für das Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte. Auf 694 Seiten erfolgt eine dezidierte Auseinandersetzung mit der kommunalen Selbstverwaltung auf den betroffenen Ebenen. Insbesondere die umfangreiche Betrachtung der (Reform-)Geschichte Brandenburgs und die Aussagen zu kulturellen Bindungen machen den Text zu einem umfangreichen Kompendium der Heimatkunde. Freude an der Informationsfülle wird indessen wohl nur der Leser entwickeln, dessen Landkreis nicht von der Zusammenlegung oder dessen kreisfreie Stadt nicht



Die Kulisse des irischen Freiheitskampfes

Foto: SGK Brandenburg

von der Einkreisung betroffen ist. Heimatkunde enthält sich an dieser Stelle ganz bewusst einer Bewertung der Vorlagen. Dies wird mit dem Blick auf zwei Daten sicher verständlich. Wie bereits erwähnt wurden die Entwürfe am 14. Juni 2017 ausgegeben. Am 20. Juni 2017 entstand dieser Text. Wer wollte – sofern dies nicht in seine hauptamtliche Zuständigkeit fällt – die Entwürfe in dieser

Zeit einer umfassenden Würdigung unterwerfen.

Wir wollen wie immer mit einer Empfehlung enden. Diese gilt vor allem, aber nicht nur im Jahr 2017. Lassen Sie sich nicht vom protestantischen Mainstream anstecken. Lesen Sie katholisch, lesen Sie irisch. Kaum ein Land und ein Volk hat unter protestantischer Fremdherrschaft so gelitten

wie die Iren. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dabei vor allem James Connolly, einer der Gründer der Labour Party und Köpfe des Osteraufstandes 1916, interessant. Die Briten exekutierten ihn wie alle Anführer dieses zentralen Ereignisses des irischen Freiheitskampfes. Bei seiner Hinrichtung war er so schwer verletzt, dass er an einen Stuhl gebunden werden musste.

Wer sich intensiver und wissenschaftlicher mit ihm beschäftigen will, dem sei „Integrativer Sozialismus und nationale Befreiung. Politik und Wirkungsgeschichte James Conolly in Irland“ (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen etc, 1990) von Helga Woggon empfohlen. Wer es etwas volkstümlicher mag, der sollte zu „Rebellen des Glaubens. Der irische Freiheitskampf“ von Peter de Rosa greifen (Droemer Knaur, München 1991). Beide Bücher sind antiquarisch erhältlich.

Labour und die Republik Irland halten das Andenken Connollys in Ehren.

Anzeige

**DAS DEBATTENPORTAL
DER SOZIALDEMOKRATIE**

vorwärts.de

DEBATTIEREN

Wir treiben wichtige politische und gesellschaftliche Debatten voran.

VERNETZEN

Wir verbinden Menschen und Organisationen, die der Sozialdemokratie nahestehen.

POSITIONIEREN

Wir zeigen Haltung und beziehen klar Stellung zu aktuellen Themen.

BESUCHEN SIE UNS UND DISKUTIEREN SIE MIT!

Sichere Adresse Neuenhagen

Eine Mustergemeinde zeigt, was Kommunen zum Thema Sicherheit und Prävention beitragen können

Interview mit Janina Meyer-Klepsch, Fachbereichsleiterin Bauverwaltung und öffentliche Ordnung der Gemeindeverwaltung Neuenhagen bei Berlin

Frau Meyer-Klepsch, Ihre Gemeinde Neuenhagen bei Berlin wird immer wieder als besonders beispielhafte Mustergemeinde genannt, wenn es um Einbruchsprävention geht. Was zeichnet Neuenhagen im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen in Brandenburg aus?

In Neuenhagen war die Verwaltung von Anfang an davon überzeugt, dass auch wir eine Verantwortung im Bereich der Einbruchsprävention haben. Wir haben uns nicht vor neuen Aufgaben gescheut, trotzdem auch wir nicht mehr Ressourcen als andere Kommunen haben. Wir haben auf die gute Vernetzung mit der Bürgerschaft und den mehr als 70 engagierten Vereinen in Neuenhagen gesetzt. Und auch die Gemeindevertretung stand klar hinter der Verwaltung und hat die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Dieses gemeinsame Handeln zeichnet Neuenhagen ganz gewiss aus.

Wodurch sind Sie auf das Thema aufmerksam geworden? Gab es in Neuenhagen besonders viele Einbruchsdiebstähle?

Im Zeitraum von 2010 bis 2012 gab es vielerorts und auch in Neuenhagen bei Berlin einen spürbaren Anstieg von Einbruchdiebstählen insbesondere aus Wohnungen bzw. Häusern. Das Thema wurde zum Ortsgespräch. So kam es, dass ein Siedlerverein den Bürgermeister im Sommer des Jahres 2012 direkt angesprochen hatte: „Jürgen, mach was!“ Gleichzeitig hatte seit 2011 die Polizei Brandenburg ein Pilotprojekt „Einsatz von künstlicher DNA zur Eigentumsmarkierung“ gestartet. Wir wurden dann nach unserer Kontaktaufnahme mit der Polizei zeitnah über diese und andere Präventionsmöglichkeiten sowie die Fördermöglichkeiten von Präventionsprojekten informiert.

Beim Stichwort Kriminalprävention fällt einem zunächst die



Janina Meyer-Klepsch, Fachbereichsleiterin Bauverwaltung und öffentliche Ordnung der Gemeindeverwaltung Neuenhagen bei Berlin

Foto: privat

Polizei ein. Wie kommt es, dass sich die Gemeinde Neuenhagen in diesem Feld besonders engagiert?

Es ist uns in der Verwaltung wichtig, dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner sicher in ihrem Heimatort fühlen. Durch zahlreiche persönliche Unterhaltungen des Bürgermeisters und der Beschäftigten der Verwaltung mit den Neuenhagerinnen und Neuenhagern war schnell klar, dass das Thema durchaus viele Leute über die Maßen beschäftigt und das subjektive Sicherheitsgefühl beeinträchtigt ist. Das war der Grund für unseren schnellen Entschluss, kommunal handeln zu wollen. Die Polizei war offen für das beabsichtigte Engagement und hat Neuenhagen von Anfang an ermutigt und unterstützt.

Wie war Ihre Herangehensweise an das Thema?

Kriminalitätsprävention ist natürlich ein besonderes Thema und gehört nicht unbedingt zum Tagesgeschäft in der Kommunalverwaltung. Ich habe mich als zuständige Fachbereichsleiterin vor allem bei der Polizei und dem Landespräventionsrat infor-

miert sowie die einschlägige Literatur gelesen. Glücklicherweise gibt es sehr gute Studien und Handlungsempfehlungen, die mir eine rasche Einarbeitung in das Thema ermöglicht haben. Bei der Konzeption für unser Projekt habe ich mich an bereits erfolgreichen Strukturprinzipien orientiert. Rückblickend war das sehr positiv für die Organisation, weil es weniger Ressourcen gebunden hat. Wir mussten das Rad nicht neu erfinden, sondern lediglich auf unsere Gegebenheiten anpassen. So war das Projekt „Sichere Adresse Neuenhagen!“ in wenigen Monaten entwickelt und durch den Landespräventionsrat als förderfähig bewertet. Wichtig war auch der zustimmende Beschluss der Gemeindevertretung.

In Ihrem Modell kooperiert eine Vielzahl von Akteuren? Wie bringt man diese alle an einen Tisch?

Dabei konnte die Verwaltung auf die gute Vernetzung im Ort zurückgreifen. Der Bürgermeister hat die Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Vereine zu unseren wenig formalisierten Netzwerktreffen eingeladen und sie sind alle gekommen. Da machte sich der ohnehin vorhandene gesellschaftliche Zusammenhalt sofort bemerkbar. Und es waren auch alle von dem Thema irgendwie betroffen, so dass jeder helfen und die Gemeinde unterstützen wollte. Dabei haben wir sehr darauf geachtet, die ehrenamtlichen Akteure nicht zu überfordern. Wir haben gezielt darum gebeten, dass die Vereine die Gemeinde bei der Öffentlichkeitsarbeit mit ihren eigenen Netzwerken unterstützen. Weiterhin haben wir mindestens einmal jährlich ein Feedback bei einem Treffen zu der gemeinsamen Arbeit abgeholt, um ggf. auch Änderungen bei den Maßnahmen vorzunehmen.

Welche konkreten Projekte steuert die Gemeinde bei?

Die Verwaltung hat sich bewusst auf ihre Kernkompetenzen konzen-

triert – Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Vorbildwirkung. In Vorbereitung der kommenden Aktivitäten galt es zunächst, die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Thema Einbruch- und Diebstahlkriminalität zu sensibilisieren und über Präventionsmaßnahmen zu informieren. Ziel war es, dass die Beschäftigten der Gemeinde ressortübergreifend auskunftsfähig sind, wo man im Bedarfsfall notwendige Informationen bekommt und wer die Ansprechpartner bei der Polizei sind. Viele Kolleginnen und Kollegen wohnen auch in Neuenhagen, sodass man im Verwandten- und Bekanntenkreis als Multiplikatoren agieren kann. Es wurden entsprechende Informationsflyer in unserem Corporate Design erarbeitet, um uns von der üblichen Werbung oder anderen Informationen abzuheben und den vorhandenen Wiedererkennungswert zu nutzen. Neben zahlreichen Presseveröffentlichungen haben wir natürlich auch ein entsprechendes Online-Informationsangebot. Die ergänzende Nutzung sozialer Netzwerke ist sinnvoll. Auf jeder kommunalen Veranstaltung findet man seit 2013 bis heute Informationen zum Thema Eigentumskriminalität. Zwei Veranstaltungen, nämlich der S-Bahn-Tag und die Sicherheitsmesse zum Tag des Einbruchschutzes, sind ganz neu hinzugekommen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs unterstützen die Veranstaltungen und betreuen engagiert die Informationsstände. Und natürlich haben wir unsere Wertgegenstände in den eigenen Einrichtungen mit künstlicher DNA markiert und informieren darüber. So wollen wir die Bürgerinnen und Bürger anregen, sich mit dem Thema Einbruch- und Diebstahlschutz zu beschäftigen und notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

In Zeiten knapper kommunaler Kassen spielen natürlich auch die Kosten eine Rolle. Wirkt sich das Gesamtprojekt Sichere

Adresse Neuenhagen sehr belastend auf die Gemeindekasse aus oder sehen Sie auch Vorteile, etwa für den Wohn- und Gewerbestandort, die entstehende Kosten wieder einspielen?

Wir haben für die Laufzeit von drei Jahren eine Förderung vom Landespräventionsrat Brandenburg erhalten. Mit diesen Mitteln konnten wir Dinge wie zielgruppenorientierte Informationsverbreitung und verschiedene Veranstaltungsdesigns erproben. Durch die wissenschaftliche Begleitung können andere Kommunen von unseren Erfahrungen profitieren. Das Europäische Institut für Kriminalprävention e. V. Münster hat einen ausführlichen Evaluationsbericht zu unserem Projektverlauf verfasst. Seit 2016 ist das Projekt in die laufende Verwaltungsarbeit integriert. Wir haben jährlich 3000 EUR für konkrete Maßnahmen eingestellt. Die Mittel sind insbesondere für die Durchführung der Sicherheitsmesse, Werbematerial, Zeitungs-

anzeigen, Druckerzeugnisse und Unterhaltungsangebote. Durch die Kooperation mit Hoppegarten seit 2016 reduziert sich der Aufwand, weil wir Kosten und Organisationsarbeit teilen. Der Personalaufwand ist eher gering einzuschätzen, da wir in den Jahren Routinen entwickelt haben und viele helfende Hände unterstützen. Demzufolge verteilt sich der Arbeitsaufwand sehr gut. Wir haben auch mehrfach unsere Auszubildenden sowie studentische Praktikanten eingebunden, die immer wieder mit überraschenden Ideen und viel technischem Knowhow das Projekt unterstützt haben. Ob sich ein Präventionsprojekt rentiert, lässt sich vielleicht auch kompliziert in Euro und Cent berechnen. Dass es uns gelungen ist, das subjektive Sicherheitsgefühl in Neuenhagen so deutlich zu verbessern, ist unbezahlbar. Angst lähmt die kommunale Entwicklung. Wenn die Menschen sich in ihrem Wohnort sicher fühlen, bedeutet das Lebensqualität.

Sicherheit schafft Wohlbefinden und ermöglicht erst gesellschaftliche und unternehmerische Aktivitäten im öffentlichen Raum. Und dieses Miteinander macht die lebens- und liebenswerte Gemeinde Neuenhagen aus.

Welche Bereiche der Gemeindeverwaltung sind in das Projekt eingebunden?

Federführend ist der Fachbereich III – Bauverwaltung und öffentliche Ordnung. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten den Hauptteil der Arbeit und als Fachbereichsleiterin leite ich das Projekt insgesamt. Der Ordnungsbereich ist klassisch im Außendienst und bei Veranstaltungen präsent. Der Bereich für Bauanträge hält z. B. den Flyer „Vor dem Einbau klug sein“ vor. Darin werden Bauherren angehalten, sich bei der Planung eines Neu- oder Umbaus beraten zu lassen und auf den mechanischen Einbruchschutz zu achten. Und die Fachgruppe öffentlicher Straßenraum reagiert schnell, wenn

eine Straßenlampe defekt ist oder mögliche „Gaunerzinken“ schnellstmöglich entfernt werden müssen. Der Bürgermeister ist als Schirmherr bei allen Veranstaltungen bzw. wichtigen Veröffentlichungen präsent. Der Fachbereich II – Bürgerdienste und Einrichtungen – ist wichtiger Bestandteil bei der Informationsverbreitung. Hier werden Informationsflyer und Veranstaltungshinweise an die Kindereinrichtungen weitergeleitet und der Bürgerservice ist erster Anlaufpunkt für unsere Rathausgäste. Der Fachbereich I – Zentrale Dienste und Finanzen – steht vor allem bei Rechtsfragen zur Verfügung und stellt über die Sachbearbeiterin Wirtschaftsförderung bei Bedarf die Kontakte zu den örtlichen Unternehmen her. Die Serviceeinheit – Bauhof und Gebäudemanagement – hilft beim Standaufbau zu Veranstaltungen und der Objektmarkierung. Einen erheblichen Teil der Öffentlichkeitsarbeit leistet die dafür zuständige Kollegin mit der Redaktion eigener

Anzeige

Ausschreibung „DEMO-Kommunalfuchs 2017“

Bereits zum zwölften Mal werden die DEMO-Kommunalfüchse für herausragende kommunalpolitische Leistungen verliehen.

Die Auszeichnungen werden im Rahmen der Abendveranstaltung des DEMO-Kommunalkongresses am 16. November 2017 im Wasserwerk Berlin verliehen.

Kandidatenvorschläge oder Eigenbewerbungen mit einer kurzen Projektbeschreibung (bitte max. zwei DIN A4-Seiten) sowie eventuell weitere relevante Unterlagen bitte bis zum **4. Oktober 2017** an

DEMO – Demokratische Gemeinde
DEMO Kommunalfuchs
Network Media GmbH
Bülowsstraße 66
10783 Berlin
Mail: witzel@demo-online.de



**JETZT
BEWERBEN!**

Gesucht werden Beispiele für herausragendes kommunalpolitisches Wirken, eine vorbildliche kommunalpolitische Strategie oder besonderes Engagement in der Kommunalpolitik.

Texte online sowie im Amtsblatt und der Verteilung von Pressemeldungen bzw. Organisation von Presseterminen. Bei der grundlegenden Schulung zum Thema Einbruchs- und Diebstahlprävention waren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung eingebunden.

Wie ist die Resonanz in der Bevölkerung? Beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger an den nachbarschaftlich-sozialen Prozessen oder verlässt sich die große Mehrheit am Ende doch auf Polizei und Verwaltung?

Wir beurteilen die Resonanz der Bevölkerung sehr positiv, weil die Veranstaltungen bislang immer sehr gut besucht sind und die angebotenen Leistungen stark nachgefragt werden. Auch bei den dreimal stattgefundenen haushaltsweiten Befragungen hatten wir eine außergewöhnlich hohe Beteiligung. Der Fragebogen war umfangreich und daraus haben wir wichtige Erkenntnisse gewonnen. Unter anderem wurde danach gefragt, ob man auf die Wohnungen in der Nachbarschaft achtet, wenn die Nachbarn nicht da sind. Schon bei der Ausgangsbefragung wurde dies von 75 Prozent der Umfrageteilnehmer bejaht. Am Projektende sagten das 90 Prozent. Die Wirksamkeitserwartung der Nachbarschaftshilfe hat einen sehr hohen Wert vergleichbar mit der mechanischen Sicherung zugeschrieben bekommen. Aus den Befragungen der Personen, die eine Sicherheitsberatung der Polizei zu Hause in Anspruch genommen haben, wissen wir noch mehr zum Thema. Fast alle Befragten (97 Prozent) haben sich danach mit durchschnittlich 13 Personen in ihrem nahen sozialen Umfeld (Familie, Freunde, Nachbarn und Kollegen) über die Möglichkeiten der Einbruchvorbeugung ausgetauscht. All das wird vor allem bei der Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zum Thema Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung deutlich, die von den Neuenhagener Bürgerinnen und Bürgern deutlich bejaht wird. Die Verantwortung wird natürlich vor allem bei der Polizei gesehen, aber eben auch bei den Kommunen und der Bevölkerung selbst. Auch das zeigt sich wieder in weiteren Umfrageergebnissen. Fast die Hälfte der Ei-

gentümerinnen und Eigentümer sagten aus, dass sie es den Dieben und Einbrechern zu leicht machen und 90 Prozent der Befragten sind sich klar darüber, dass die Polizei nicht jedes Haus schützen kann. Nach den polizeilichen Beratungen in Neuenhagen wurden von 85 Prozent empfohlene Maßnahmen, vor allem die mechanische Sicherung von Türen und Fenstern, umgesetzt. Das ist ein herausragendes Ergebnis. Der Anteil der im Versuch stecken gebliebenen Einbrüche ist in Neuenhagen seither gestiegen und liegt auch höher als in den Vergleichskommunen unserer Untersuchung. All das zeigt deutlich, die Neuenhagener Bevölkerung ist sehr engagiert, wenn es um das Thema „Sichere Adresse Neuenhagen!“ geht.

Ich muss gestehen, dass ich beim Stichwort Sicherheitspartnerschaft zunächst an Miliz-ähnliche Patrouillen dachte oder an Bürger in ausgemusterter Bundeswehrkluft mit Riesentaschenlampe und Baseballschläger. Ich habe mich eines Besseren belehren lassen. Ich habe heute großen Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern, die sich in ihrer Freizeit für die Gesellschaft und deren Sicherheit engagieren, auch das bedeutet ein sehr wertvolles Ehrenamt. Begegnen Sie Ressentiments, wie ich sie früher hatte, häufiger?

Die Vorbehalte gegenüber Sicherheitspartnern habe ich auch oft wahrgenommen. Ich begrüße daher sehr das strategische Eckpunktepapier „Kommunale Kriminalprävention im Land Brandenburg“ sowie den Erlass „Sicherheitspartner des Landes Brandenburg“ des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. Dadurch wird das ehrenamtliche Engagement mehr gewürdigt und noch besser unterstützt. Alle Sicherheitspartner, die ich bisher kennenlernen durfte, waren sich Ihrer Rolle sehr bewusst und weit von übereifrigen Bürgerwehren entfernt. Im Gegenteil: Manche Sicherheitspartnerschaften existieren schon seit über 20 Jahren. Das verdient meinen größten Respekt. Gern habe ich auch Sicherheitspartner dabei unterstützt, die Zusammenarbeit mit ihren Kommunen zu verbessern. Ich stelle alle Materialien als Hilfe-

stellung zur Verfügung und führe auf Wunsch auch persönliche Gespräche mit den Verwaltungen. Die Sicherheitspartner leisten in jedem Fall einen aner kennenswerten Beitrag bei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Kriminalprävention.

Sie sind als Referentin zum Thema Kriminalprävention in der Kommune immer wieder im Land unterwegs und lernen so die unterschiedlichen Situationen in fast allen Teilen Brandenburgs kennen. Erleben Sie große Unterschiede – etwa zwischen Berliner Umland und ländlichen Regionen – oder sind die Erfahrungen und Reaktionen überall ähnlich?

Es gibt Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Uns alle verbindet der Wunsch nach Sicherheit und die Sorge, wenn diese gefährdet ist. Die Größe der Verwaltungseinheiten ist sehr unterschiedlich. Damit verbunden sind auch Unterschiede bei der finanziellen und personellen Ausstattung. In großen Städten gibt es durchaus langjährig etablierte Arbeitsgremien zu kriminalpräventiven Themen. In kleineren Städten und Gemeinden sind solche institutionalisierten Organisationsformen eher selten. Eine Gemeinsamkeit ist aber, dass allorts engagierte Personen anzutreffen sind. Verwaltungen und Lokalpolitik haben durchaus sehr unterschiedliche Auffassungen zu ihrer Verantwortung. Das ist aber nicht von der Lage im Berliner Umland oder in ländlichen Regionen abhängig sondern oft von persönlichen Erfahrungen und örtlichen Besonderheiten geprägt. Erhebliche Unterschiede gibt es bei den infrastrukturellen Gegebenheiten und den Tatgelegenheiten. Das verdichtete Berliner Umland mit vielen neuen Einfamilienhäusern durch Zuzug und sehr guten Verkehrsanbindungen ist nicht mit ländlichen Strukturen zu vergleichen. Vergleichbar bleiben leider die erheblichen persönlichen Auswirkungen für die Opfer von Wohnungseinbrüchen, egal wo sie geschehen. Der Verlust des Sicherheitsgefühls in der eigenen Wohnung ist eine massive Einschränkung in der persönlichen Lebenswelt. Bei gewerblichen Objekten können Diebstähle durchaus die wirtschaftliche Existenz gefährden.

Was ist für die Bürgerinnen und Bürger das nach Ihren Erfahrungen Dringendste, was zu tun ist?

Die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen ist elementar. Die Kommune und die Polizei müssen gemeinsam kommunizieren, wie sich die Lage objektiv darstellt und welche Handlungsoptionen es gibt. Mich hat zuletzt während einer Schulung die Aussage einer Ordnungsamtsmitarbeiterin berührt, die meinte: „Ich bin mehr Sozialarbeiterin als alles andere.“ Verunsicherte Bürgerinnen und Bürger wissen häufig nicht, an wen Sie sich mit Ihren drängendsten Fragen wenden können. Oft habe ich auch gehört: „Deswegen kann ich doch nicht die Polizei anrufen.“ Das macht mich betroffen und macht deutlich, dass das kommunale Engagement wichtig ist und wenn es manchmal auch nur dazu dient, Kontakte zu vermitteln und zuzuhören. Denn es gibt bereits ein breites Hilfsangebot zur Kriminalprävention – angefangen von der polizeilichen Beratung, Förderprogramme für Sicherheitstechnik bei Umbaumaßnahmen, Hilfsorganisationen für Opfer von Kriminalität und natürlich auch die Unterstützung der Kommune als örtliche Ordnungsbehörde. Ich nehme für mich persönlich wahr, dass es zunehmend auch auf der kommunalen Ebene eine Rolle spielt, wie sich die landes- bzw. bundespolitische Debatte zur inneren Sicherheit entwickelt. Die Stärkung der Polizei in Brandenburg und die Präventionsstrategie Kommunale Kriminalprävention (KKP) sind wichtige Signale für die Bevölkerung. Wir alle gemeinsam sind heute mit ganz neuen Herausforderungen konfrontiert. Bei den Vorbereitungen für kommunale Veranstaltungen sind jetzt viel stärker die Ängste vor Gewalttaten relevant. Neben Unfall- und Brandschutzverhütungsmaßnahmen werden entsprechende Vorkehrungen getroffen. Das ist für uns ebenso neu wie vor einigen Jahren der Start für die Aktivitäten zur Einbruchs- und Diebstahlprävention. Es braucht also sehr viel Verantwortungsbewusstsein in der Kommune für den eigenen Handlungsrahmen zur Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Aufgaben.

Gibt es weitere Unterstützung, die Sie sich wünschen – vom

DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt.
zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo* 40,- €;
Studentenjahresabo* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Bund, vom Land, vom Kreis oder vielleicht auch von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der SGK?

Einiges wurde sogar bereits erfüllt. Das strategische Eckpunktepapier „Kommunale Kriminalprävention im Land Brandenburg“ sowie der Erlass „Sicherheitspartner des Landes Brandenburg“ des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg sind für Kommunen wichtige Arbeitsgrundlagen. Der vormalige Erlass aus 1995 war

aldemokratisches Thema, weil es um Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit geht. Sicherheit darf keine Frage von persönlichem Wohlstand und den daraus erwachsenden finanziellen Möglichkeiten zur Eigensicherung sein. Die schon bestehenden Förderprogramme der KfW-Bank zum Einbruchschutz für Bestandsgebäude sind ein wichtiger Beitrag und noch ausbaufähig. Auch die Rabattierung von Versicherern für Maßnahmen zum Einbruchschutz sind ein finanzieller Anreiz. Wichtig

Rolle. Auch hier gibt es in Brandenburg bereits erste Schritte zur Implementierung der Ausbildungs- und Fortbildungsinhalte. Das halte ich für sehr wichtig. Die kommunalen Ordnungsämter müssen fachlich und organisatorisch gestärkt werden, um die örtliche Zusammenarbeit mit der Polizei weiter zu verbessern.

Welchen Tipp würden Sie anderen Kommunen mitgeben, die sich auch auf den Weg machen, es Neuenhagen gleich zu tun?

stellen und die Arbeit auf mehrere Schultern, je nach den verfügbaren Kompetenzen, verteilen. Durch eine gemeinsame fachliche Basis und die klare Zuweisung der eigenen Aufgaben für die Gesamtleistung kann man überzeugend arbeiten und andere zum Mitmachen motivieren. Kriminalpräventive Projekte sollten konsequent den gesamtgesellschaftlichen Präventionsansatz verfolgen und lokal die besten Lösungen gemeinsam mit allen verfügbaren Akteuren suchen. Ein wichtiger Punkt ist nach meiner Erfahrung auch ganz einfach, dass die Sorgen und vorgebrachten Lösungsansätze ernst genommen werden. Das subjektive Sicherheitsgefühl wird von sehr vielen Faktoren beeinflusst. Die unzureichende Straßenbeleuchtung und fehlende Sichtbarkeit des Ordnungsamtes sind Themen, die immer wieder im Rahmen des Projektes an uns heran getragen wurden. Das sind auch eindeutig Zuständigkeitsbereiche der Kommune. Wir haben darauf reagiert und uns darauf eingestellt mit Investitionsprogrammen für die Infrastruktur und erkennbaren Uniformen im verstärkten Außendienst bzw. gekennzeichneten Dienstwagen. Ein Fortbildungsprogramm rundet unser Programm zur Verbesserung des Ordnungswesens ab. Das sind allesamt Bausteine, die Kommune noch sicherer zu machen. „Sicherheit braucht Partner“ lautet die Grundidee der Kommunalen Kriminalprävention in Brandenburg. Das sollte jede Kommune für sich beherzigen.



Albtraum Einbruch

Foto: Tim Reckmann/pixelio.de

nicht mehr zeitgemäß und führte durchaus zu Verunsicherungen bei interessierten Kommunen. Die aktuelle öffentliche Debatte fördert es, dass immer mehr Kommunen und die anderen zivilgesellschaftlichen Akteure ihre Verantwortung erkennen und auch wahrnehmen. Hier ist es wichtig, dass die Angebote für den inhaltlichen Austausch auf Landesebene aufrecht erhalten bleiben und dies auch von anderen Bildungsträgern unterstützt wird. Der SGK kommt eine wichtige Bedeutung zu, weil insbesondere die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker direkten Einfluss auf die Gestaltung der örtlichen Aktivitäten haben. Sicherheit ist dabei unbedingt ein sozi-

für die Zukunft sind verbindliche technische Standards für den Neubau von Immobilien. Ein Beispiel: Niemand würde es heute mehr in Frage stellen, das ein Pkw selbstverständlich mit einer Wegfahrsperre oder mit Airbags ausgestattet ist. Genauso sollten für Gebäude die Widerstandsklassen von Fenstern und Türen vorgeschrieben werden. Der Brandschutz wurde auch verbindlich geregelt, warum nicht der Einbruchschutz? Insbesondere kosten diese baulichen Maßnahmen bei einem Neubau nur einen sehr geringen Aufpreis. Einen weiteren Aspekt möchte ich noch einbringen. Das Thema Kriminalprävention spielte bislang in der Verwaltungsbildung keine

Vor allem würde ich empfehlen, es nicht Neuenhagen einfach gleich zu tun, sondern für die jeweilige Kommune den individuell passenden Weg zu suchen. In jeder Kommune gibt es andere Formen der Zusammenarbeit und unterschiedliche Akteure. Aber einige Aspekte können überall zum Gelingen von Präventionsprojekten beitragen. Eine wichtige Voraussetzung für kommunales Engagement ist es, dass dies politisch von den Stadt- bzw. Gemeindevertretungen getragen wird und die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister ihre Verantwortung ganz klar wahrnehmen, wenn es die Situation erfordert. Die am Projekt beteiligten Personen sollten sich fachlich gut auf-

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Niels Rochlitzer, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld